

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Zentralen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Elfenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 67

Preis und Verlag:
Buchdr. Hentrich, Nassau (Lahn).

Dienstag, 15. Juni 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Die Kosten der Zwangswirtschaft.

Von den Gegnern der Zwangswirtschaft wird behauptet, daß diese durch den kostspieligen bürokratischen Apparat die Lebensmittel unnötig verteuere. Demgegenüber erklärt die Reichsgetreidekasse, daß die Nachrichten über ihre Verwaltungskosten übertrieben seien, sie machten auf ein Brot von 1900 Gramm nur ungefähr 3 Pfennige aus. Diese 3 Pfennige veränderten sich aber in Millionen von Mark, wenn sich der Verbraucher ans rechnen gibt. Die Wochenmenge, die heute dem Verbraucher an Brot zugeht, beträgt 1750 Gramm, die nach der Mitteilung der Reichsgetreidekasse mit rund 2 1/2 Pfennigen Verwaltungskosten belastet sind, was im Jahre 52 mal 2 1/2 Pfennige oder 1,26 Mark ausmacht. Nun darf man die Zahl der Verbraucher in Deutschland mindestens auf 50 Millionen schätzen, es würden sich also die Verwaltungskosten der Reichsgetreidekasse auf 63 Millionen Mark stellen. Damit sind natürlich die Kosten der öffentlichen Verwaltung nicht erschöpft, denn die Gemeinden erheben ebenfalls von den öffentlich bewirtschafteten Lebensmitteln einen gewissen Zuschlag als Verwaltungskosten, der vielleicht nicht geringer ist, als der der Reichsgetreidekasse, so daß die Verteuerung des Brotes durch die öffentliche Verwaltung uns sicher an 100 Millionen Mark kostet. — Es läßt sich daraus ersehen, welche Summen erspart werden, wenn mit der öffentlichen Bewirtschaftung ein Ende gemacht werden kann.

Verwicklung der europäischen Laie.

Eine Havana-Note verweist auf die neuerdings eingetretene Verwicklung der europäischen politischen Lage in Folge des Rücktritts des eben erst gebildeten Kabinetts in Italien und der schweren Regierungskrise in Deutschland anlässlich des Wahlausfalls und fährt dann fort: Unter diesen Umständen fragt man sich in offiziellen Kreisen, ob das italienische Parlament und das deutsche Kabinett rechtzeitig genug gebildet sein werden, um noch vor dem Datum der Zusammenkunft der Alliierten in Brüssel, der Vorbereitungskonferenz für Spa, sich den beiden Parlamenten vorzustellen. Sollte dies nicht der Fall sein, so müßte die Konferenz in Spa von neuem verlegt werden. Es könnte daher möglich sein, daß unter diesen Umständen die Führer der alliierten Regierungen genötigt sind, auf eine Zusammenkunft zu verzichten. In diesem Falle könnte die internationale Finanzkonferenz der Alliierten, Deutschlands und der Neutralen in Brüssel vielleicht stattfinden, ohne das Ergebnis der Konferenz in Spa abzuwarten. Sie würde dann die Aufgabe haben, geeignete Maßnahmen zu treffen, um das wirtschaftliche Gleichgewicht Europas wiederherzustellen unter Sicherung der Bestimmungen des Friedensvertrages, vor allem durch die Ausgabe einer internationalen Anleihe. Die alliierten Regierungen und die Wiedergutmachungskommission werden natürlich diese Beschlüsse gutheißen, die als unumgänglich notwendig angesehen werden, wenn man in kurzer Zeit den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas in Angriff nehmen will.

Allerlei Nachrichten.

Freilassung verhafteter Deutschen.

Habas veröffentlicht eine Note zur Erläuterung des Beschlusses der Militärjustiz, die wegen angeblicher Vergehen im ehemaligen besetzten Gebiet verhafteten deutschen Untertanen zu entlassen. Dies geschieht auf Grund eines zwischen Amerika, Belgien, England, Frankreich und Deutschland geschlossenen Abkommens über die militärische Befreiung der Rheinlande. Nach Artikel 3 dieses Abkommens hätten die deutschen Gerichte die Gerichtsbarkeit in diesem Gebiet mit Ausnahme von gewissen Fällen, die die alliierten Streitkräfte betreffen. Die Freilassung der Verhafteten ziehe aber weder die Annulierung noch die Aufhebung der eingeleiteten Verfahren nach sich. — Der „Tempo“ läßt in einer Bemerkung zu dieser Note durchblicken, daß vielleicht mit einer Verteilung in Abwesenheit der Verhafteten gerechnet werden müsse.

Die Auslieferung von 271.

Im englischen Unterhaus sagte Churchill in Erwiderung auf eine Anfrage, die Auslieferung des deutschen Luftschiffes 271 sei in den nächsten Wochen zu erwarten. Das Luftschiff werde zunächst in Falmouth (Korfol) stationiert. Man hoffe, durch Probefahrten wertvolle Erfahrungen zu machen. Ein zweites Luftschiff werde in den Besitz der Vereinigten Staaten übergeben. Ueber drei weitere Luftschiffe, die sich noch im Bau befänden, stehe ein Abkommen bevor, durch das sie für Handelszwecke nutzbar gemacht würden. — Auf eine weitere Frage, warum 271 noch nicht abgeliefert sei, erwiderte Churchill: Wir sind nicht unzufrieden über die Art, mit der die Deutschen ihre Verpflichtungen erfüllen.

Außer Deutschland.

Der „Pesti Post“ meldet: Die augenblicklich unter dem Vorsitz von Melnik tagende landwirtschaftliche Konferenz hat den Beschluß gefaßt, die Angehörigen aller östlicher Kriegszustände mit der Entente befindlichen Länder außer Deutschland zu dem im nächsten Jahre stattfindenden Kongress einzuladen.

Die sibirischen Gefangenen.

Nach einer Londoner Meldung erklärte Ranssen ein Mitglied des „Observer“, in Sibirien befänden sich wahrscheinlich noch 170 bis 180 000 Kriegsgefangene. Einige Tausend davon in Turkestan, deren Heimkehr die größten Schwierigkeiten verursache. Im übrigen verkehrten trotz des Mangels an Eisenbahnmateriale regelmäßig Züge mit Kriegsgefangenen zwischen Moskau und Krasnojarsk. Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Rußland lasse nichts zu wünschen übrig.

Attentat auf Lenin?

Ein Funktelegramm der „Dena“ aus Moskau meldet, daß auf Lenin ein neues Attentat verübt wurde. Ein Soldat hat auf ihn einen Schuß abgegeben und ihn an der Hand verletzt. Der Attentäter wurde verhaftet. Die kommunistische Zeitung „Pravda“ bestätigt die Nachricht.

Der Lohnabzug.

Die Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn, die mit dem 25. Juni in Kraft treten, besagen im einzelnen: Bei jeder Lohnzahlung hat der Arbeitgeber 10 v. H. des Arbeitslohns zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten. Soweit die Auszahlung des Arbeitslohns aus einer öffentlichen Kasse erfolgt, gilt diese als Arbeitgeber. Arbeitslohn im Sinne der Verordnung ist jede in Geld oder Geldeswert bewirkte einmalige oder wiederkehrende Vergütung für Arbeitsleistungen, insbesondere Gehälter, Verdienste, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen, Bartgelde, Ruhegehälter, Pensionen. Der Wert von Naturalbezüge ist zur Bemessung des einzubehaltenden Betrags mit dem Betrag anzurechnen, der sich aus den Tarifvereinbarungen ergibt. Jeder Arbeitnehmer hat sich für das Rechnungsjahr 1920 von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Für den einzubehaltenden Betrag hat der Arbeitgeber Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzuliefern und zu entwerfen. Die Steuermarken werden von den Postämtern verkauft. Die Anrechnung der im Rechnungsjahr 1920 eingelebten Steuermarken auf die in diesem Jahre zu entrichtende Einkommensteuer findet erst nach der endgültig nach Ablauf des Kalenderjahres 1920 vorzunehmenden Veranlagung statt, es sei denn, daß dem Arbeitnehmer ein Steuerfortschreibungsschein über die 1920 vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer ausgestellt wird. In diesem Falle kann der Arbeitnehmer die eingelebten Steuermarken auf die zu entrichtende Steuer an Zahlungs Statt geben. Das Landesfinanzamt kann auf Antrag des Arbeitgebers zulassen, daß eine Verwendung von Steuermarken unterbleibt und daß die Einzahlung des durch den Arbeitgeber einbehaltenen Betrags in bar oder durch Überweisung auf das Konto bei der für den Arbeitnehmer zuständigen Steuerbehörde erfolgt. Für die Einbehaltung und Entrichtung des zehnprozentigen Abzugs vom Arbeitslohn haften dem Reich neben dem Arbeitnehmer der Arbeitgeber als Gesamtschuldner.

Landwirtschaftliches.

4. Bunt Stoppelsack! Die Kaiserstoppel ist groß. Nur ein vermehrter Anbau von Stoppelsack, insbesondere von Flach, kann in dieser Beziehung in wirksamer Weise Abhilfe schaffen. Bunt daher alle, nämlich Groß- und Kleingrundbesitzer, noch Spätk- oder Stoppelsack. Gelegentlich Land hierzu ist überall vorhanden, da der Stoppelsack als zweite Frucht angebaut wird, z. B. nach Roggen, Raps, Wintergerste oder frühzeitigem Wintergetreide (Wintergerste). Die Aussaat des Spätkens muß jedoch so frühzeitig wie möglich erfolgen, am besten anfangs Juli. Später gebauter Flach gedeiht zwar oft noch sehr üppig, liefert jedoch nur wenig oder geringwertige Fasern. Je früher die Saat, desto besser. Da die Flachpreise für die Ernte 1920 mehr als verdoppelt wurden, ist der Anbau besser außerordentlich lohnend. Bunt daher baldigst alle noch Stoppelsack!

Im tranken Osterhaus.

Roman von E. v. Winterfeld-Warow.

Die liebliche, junge Braut war heute der Mittelpunkt des Interesses. Sie entzückte alle durch ihre strahlende Glückseligkeit, die in den blauen Augen glänzte, von der weißen Stirn leuchtete. Sie war stiller als sonst und durfte auch nicht so geschäftig hin und her laufen, um für alle zu sorgen. Das war Alara nicht.

„Heute ist dein Ehrentag, Kleines, heute wirst du bezeugt!“

„Eigentlich erst morgen, Alara!“ lachte sie.

„Nein, morgen ist viel Unruhe und äußerliche Feierlichkeit. Heute bist du zum letzten Male hier im alten Heim als mein Kleines. Dann kommen die neuen und ich und wir werden erst in zweiter Linie. Nicht wahr, Kurt?“

„Hoffentlich!“ sagte Doktor Jenseff ernsthaft.

„Kurt, wie kannst du das sagen!“ fuhr Bruno auf.

„Tante Alara bleibt immer, immer die Beste und Wichtigste für uns alle.“

„Kurt, siehst du, Alara!“ sagte seine Mutter, „und da soll ich nicht eifersüchtig sein?“

„Ja, Mutter, das hilft nun alles nichts. Seit Tante Alara mir zu meinem Beruf verholfen hat, seitdem weiß ich gar nicht, wie ich ihr so genug danken soll!“

„Ja, ja, das schreckliche Meer!“ seufzte Frau Judith. „Ich werde nie mehr eine ruhige Stunde haben!“

„Das gut sein, Mutterchen, du schenst dich auch noch damit aus.“ tröstete Antonschke Vergold. „Wenn dein Junge erst in der kleidsamen Uniform der Seemannsleute nach Hause kommt, dann ist meine Alte ja viel zu stolz auf ihren Sohn, dann redet sie nicht mehr so!“

„Und wenn er einsam auf Wache steht in der Sternennacht, während das Schiff durch die stillen Fluten dahingleitet, dann liebt er seine Heimat tiefer, inniger, nachhaltiger, als wenn er im tollkühnen Eimer und Strudel des Großstadtlebens kaum Zeit hat, an sie zu denken. Das glaube mir, Judith!“

„Es war Eberhards ruhige Stimme, die so gesprochen hat, und jeder spürte, daß er aus eigener Erfahrung sprach.“

„Aber das Wasser hat keine Balken!“ lachte Weimung aus dem Hintergrunde, wo er sich in seiner beliebten Manier im Schaufelstühle wiegte.

„Hat Deine Luft Balken, mein Junge?“

„O, die Luft, das ist ganz etwas anderes! Das Aufsteigen in die Höhe ist so herrlich, das stille Gleiten in den Wolken so wunderbar, daß ich jetzt ganz genau weiß, weshalb trotz aller Unglücksfälle, trotzdem so oft die Flieger abstürzen, immer wieder Pioniere der Luft sich finden, die dies Terrain ertorschen. Es ist der Zauber der Luft, der sie fesselt, der Zauber des Fluges, der seit Jahrhunderten die Menschen in seinem Banne hält. Ich werde hoffentlich bald ganz zur Luftschiffahrt übergehen können.“

„Als Sport?“

„Nein, als Beruf!“

„Soeben kam Gille wieder herein, die draußen Alara geholt hatte bei den häuslichen Anordnungen für die vielen Gäste.“

Da bat Gertrud: „Gille, singst du uns nicht noch ein Lied?“

„Ja, Gertrud, gern. Ich sollte eigentlich morgen in der Kirche singen, aber lieber tue ich es heute Abend hier.“

Sie trat an den Flügel und sang Rhythmus Worte, die schon oft einer Braut mitgegeben wurden als Leitfaden für den Eheweg: „Wo du hingehst, da will auch ich hingehen, und wo du bleibst, da bleibe auch ich. Dein Gott ist mein Gott, und dein Volk ist mein Volk. Wo du stirbst, da sterbe auch ich, wo du ruhest, will ich begraben sein, und nur der Tod soll uns scheiden.“

Alle lauschten ergriffen dem herrlichen Gesang. Gertrud lehnte den Kopf an die Schulter des Verlobten, Gille schmiegte sich an die Mutter. Alara war leise aufgestanden. Jetzt trat sie zu der Schwester, die noch selbstvergessen die Hände auf den Tasten ruhen ließ. Sie legte ihr die Hände auf die Schultern und sagte: „Das war ein schöner Schluss für den heutigen Abend, ich danke dir, Gille! Und ich freue mich, daß du heimgekehrt bist zu mir und in das Haus, das Waters Liebe uns gegründet hat. Hoffentlich wird es dir nicht zu schwer sein, hier in der Stille bei mir auszuhalten. Dann steht dir ja auch immer wieder der Flug ins Leben offen.“

„Ich glaube nicht, daß es mich noch einmal hinausdrücken

wird. Ich habe die Stille und den Frieden dieses Heims schätzen gelernt, und Deine Liebe, Alara,“ sagte Gille leise hinzu, indem sie innig zu ihr aufblickte.

„Na, also!“ sagte Justizrat Salburg. „Mein alter Freund Brachmann würde zufrieden sein, wenn er heute unter uns weilte. Ein warmes Nest hat er seinen Kindern bereiten wollen, und das ist es durch Sie geworden, Fräulein Alara. Und wenn auch mal wieder Stürme kommen im Leben — und du wirst in einem so großen Nest nicht fehlen, — dann wissen Sie alle, wohin Sie zurückkehren können, wenn's drängen zu hant wird. Nicht wahr?“

„Das wissen wir und das wollen wir!“ sagte Eberhard fest.

— Ende —

Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 9. Juni. Im Jähgorn mit der Mistgabel aufgespießt wurde die 31-jährige Haushälterin der Firma Tremmel in Laubenheim bei Mainz. Die Frau, die Kriegswitwe ist, übermittelte einem dort beschäftigten Arbeiter einen Auftrag. Der Mann geriet darüber so in Wut, daß er eine Mistgabel nahm und der Frau von hinten durch den Hals stach. Sie liegt jetzt in schwerer Lebensgefahr darnieder.

Koblenz, 9. Juni. Wein- und Zugssteuer bei Abfuhr an Angehörige der Besatzungsarmee und der Rheinlandkommission. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die Rheinlandkommission hat am 2. Juni einen Beschluß dahin gefaßt, daß die Zugssteuer, soweit sie nach § 15 des deutschen Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 bei Herstellern erhoben wird, von den Angehörigen der Besatzungsarmee und der Kommission zu tragen ist. Tagelohn wird für die Besatzungs- und Kommissionsangehörigen auf Grund des Art. 9 Absatz 1 des Rheinlandabkommens die Befreiung von der Zugssteuer in Angriff genommen, soweit es sich um die Kleinhandelssteuer nach § 21 des Umsatzsteuergesetzes handelt. Der gleiche Grundsatz wird für die Zugssteuer aufgestellt.

Die Regierungsbildung.

Berlin, 12. Juni.

Wenn man in beteiligten parlamentarischen Kreisen nach dem Stand der Regierungsbildung fragt, dann heißt es regelmäßig: „Man hofft“, „man erwartet“, „man glaubt“ usw. Nur das eine scheint festzustehen, daß man auf alle Fälle die frühere Koalition nach rechts hin zu erweitern sucht, wozu die Mehrheitssozialisten ihren Widerstand aufgeben müssen, daß ein Zurücktreten in eine scharfe Opposition sie in Abhängigkeit von den Unabhängigen bringen würde, was den Bestand der Partei bedenklich gefährden würde. Die alte Regierungskoalition ist nach dem Urteil von Parlamentariern nur dann zu erhalten, wenn dem programmatischen Standpunkt der Deutschen Volkspartei derartige Zugeständnisse gemacht würden, daß es auf dasselbe herauskäme, als ob sie selbst in der Regierung säße. Tatsächlich hat denn auch die Deutsche Volkspartei bereits derartige Forderungen gestellt. Die Deutsche Volkspartei macht ihre neutrale Haltung gegen die bisherige Koalition davon abhängig, daß vier Fachminister in die Regierung aufgenommen werden, die im Einverständnis mit der Deutschen Volkspartei ernannt werden, und zwar handelt es sich um die Ministerposten des Auswärtigen, der Wirtschaft, der Finanzen und des Kriegs. Für das Auswärtige schlägt die Volkspartei, wie wir erfahren, Unterstaatssekretär Rosenfeld und den jetzigen Vertreter im Vatikan von Bergen vor. Rosenfeld ist in eingeweihten Kreisen und namentlich im Auswärtigen Amt als gewiegter Diplomat bekannt. Für die anderen Ministerposten hat die Deutsche Volkspartei bisher noch keine Namen genannt. Da es sich nicht um Kombinationen, sondern um feststehende Tatsachen handelt, so scheint man eine Klärung der Regierungskrise auf dem Boden der völksparteilichen Forderungen erwarten zu dürfen.

Die Unabhängigen lehnen ab.

Auf die Einladung des Reichstanzlers Müller an die Unabhängigen haben diese folgende bezeichnende schriftliche Antwort erteilt:

Sehr geehrter Herr Reichstanzler! Am Auftrage des Zentralkomitees der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands übermittle ich Ihnen folgende Antwort auf Ihre Einladung vom 11. Juni zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern unserer Partei in die neu zu bildende Regierung. Die Unabh. sozial. Partei kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Wirtschaft zum Ziele gesetzt und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und stärkt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat. Der Eintritt der Unabh. Sozialdemokratie in eine solche Regierung würde eine Unterföhrung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie grundsätzlich bekämpft hat, und wäre eine Preisgabe ihres Programms und Verrats an den Interessen der Arbeiter, Angehörigen, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die der Unabh. Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben, für die Fortsetzung ihrer Politik des rücksichtslosen proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel der Befreiung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft. Zur Erkrümpfung dieses Zieles ist die Unabh. Sozialdemokratie zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. Trotzdem diese Partei versprochen hatte, das sozialistische Programm zur Grundlage ihrer Politik zu machen, haben ihre Vertreter unausgesetzt eine Politik des Kompromisses mit den Vertretern der altstaatlischen Bourgeoisie, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus gerieben, so daß die Unabh. Sozialdemokratie gezwungen war, aus der Regierung auszutreten, um nicht mitschuldig zu werden an der Wiederbelebung des Kapitalismus, des Militarismus und der von ihnen ins Werk gesetzten blutigen Gewaltspolitik gegenüber der revolutionären Arbeiterklasse. Die seitdem betriebene rechtssozialistische Koalitionspolitik mit den kapitalistischen Parteien hat dazu geführt, die wahren Machtverhältnisse zu verschleiern und die Arbeiterklasse in ihrem Vormarsch zu behindern. Die Erstarkung der Reaktion, wie sie bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck kam, ist nur eine Folge der rechtssozialistischen Kompromisspolitik mit den gewohnten Feinden der Arbeiterklasse und kann nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat verwirrenden und spaltenden Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundsätzliche, klare und konsequente sozialistische Politik, die die Befreiung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt. Ergibt sich aus der Erwägung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die Unabh. Sozialdemokratie als Übergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet. Durch diese Antwort dürfte auch nach Ihrer Ueberzeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein.

Der „Vorwärts“ schreibt, die Unabhängigen hätten mit der Ablehnung die Bildung einer Rechtskoalition erzwungen. Ihre Begründung dieses Schrittes enthalte eine Häufung von falschen Voraussetzungen und Unwahrheiten. Sie hätten ihre Bedingungen stellen können, um die Sozialdemokratie in ihrem Bestreben, das Steuer weiter nach links zu drehen, zu unterstützen. Die Unabhängigen erklären jetzt, Deutschland ganz allein regieren zu wollen, obwohl erst am 6. Juni nur 4,8 Millionen Stimmen für sie abgegeben worden seien und 20,4 Millionen gegen sie und obwohl bei den Reichstagswahlen 5,5 Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben worden seien.

Die Schicksalsstunde.

Die Handlungs- und Regierungsfähigkeit der parlamentarischen Regierungsform, wie sie uns durch die Verfassung von Weimar beschieden worden ist, steht das Verfallensein harter, geschlossener Koalitionsbildungen im souveränen Parlament voraus. Die Reichstagswahlen vom 6. Juni haben uns das Gegenteil eines solchen handlungsfähigen Parlamentes gebracht. Es ist zur Stunde müßig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie die neue Mehrheitsbildung und die von ihr getragene Regierung aussehen werden. Solange die Parteien nicht endgültig Beschlüsse gefaßt haben, kann sich das Bild immer wieder ändern, zumal für jede in Betracht kommende Partei das Ja und Nein gleich schwer ist. In solchen Tagen entscheiden nur zu oft Einflüsse, die

von außen nicht erkennbar sind. Man wird wohl annehmen dürfen, daß das Ergebnis der gegenwärtigen Verhandlungen in Berlin eine Koalition sein wird, in der jede Partei mehr oder weniger das Jünglein an der Waage sein wird. Und gerade der letztgenannte Zustand gibt einer Koalition den Charakter der Schwäche. Der Mann, der sich in diesen Tagen entschließen wird, das Reichstanzleramt zu übernehmen, kommt von vornherein in eine Lage, welche die Durchführung einer zielklaren, entschiedenen Politik hemmt, da er einen Teil seiner besten Kräfte dazu wird verwenden müssen, mit taktischer Geschicklichkeit die widerstrebenden Kräfte innerhalb seiner eigenen Regierungsmehrheit auszugleichen. Schon ein Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien zu einer Regierungsmehrheit brächte ein Gebilde zustande, das alles andere eher als durch innere Gleichheitlichkeit ausgezeichnet wäre. Die Bildung, die am meisten Aussicht auf Erfolg und die auch den meisten Sinn hätte, nämlich eine Koalition von den Mehrheitssozialisten bis hinüber zur Deutschen Volkspartei, kann im besten Fall nichts anderes werden als ein Kind der Not, geboren aus der Not der Stunde und geboren für die Not der Stunde.

Nur die Erwartung, daß die Not des Vaterlandes bei allen Parteien eine Stimmung erzeugen wird, die sie vergessen läßt, daß sie nicht zuerst Parteien, sondern in erster Reihe Sachverwalter des deutschen Geschicks sind, läßt die Hoffnung bestehen, daß wenigstens für die nächsten kritischen Wochen eine Einheit im Deutschen Reiche zustande kommt, die unseren Unterhändlern in Spa die unbedingt notwendige innerpolitische Stütze bei der Vertretung ihrer Forderung gibt.

Allerlei Nachrichten.

Die kaiserlichen Möbel.

Einer Meldung der „Daily Mail“ aus Neuyork zufolge, sei der größte Teil der Möbel aus den kaiserlichen Palästen in Berlin und Potsdam verkauft worden. Für den Erlös sollten Lebensmittel für Deutschland beschafft werden. Angeblich soll sich unter den zum Verkauf gelangten Gegenständen der kaiserliche Thron befinden. Leider sind diese unsinnigen Meldungen auch in die deutsche Presse übergegangen, obwohl nicht ein wahres Wort daran ist. Auf eine Anfrage wird mitgeteilt, daß die Zeitungsnachrichten über die Veräußerung kaiserlichen Inventars in Neuyork frei erfunden sind.

Venzin-Schiebungen.

Der Bochumer Polizei, die fieberhaft an der restlosen Aufführung der großen Venzinschiebungen tätig ist, ist es gelungen, weitere Schieber in Gelsenkirchen und Elberfeld festzunehmen. In Rodenkirchen bei Köln wurde ein Direktor der dortigen Tante-Gesellschaft verhaftet, ein anderer ist mit einer Million flüchtig geworden. Wie berichtet wird, sind bei diesen Venzinschiebungen auch Beamte der Venzin-Einkaufsgesellschaft in Berlin beteiligt. Wie diese Gesellschaft zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft gearbeitet hat, geht aus folgendem Vorfalle hervor: Ein Berliner Geschäftsmann hatte der Venzin-Einkaufsgesellschaft ein Angebot gemacht, für die Gesellschaft in Antwerpen 22 000 Tonnen Venzin zum Preise von 2,50 Mk. pro Kilo aufzukaufen. Dieses Angebot wurde von der Venzin-Einkaufsgesellschaft abgelehnt; stattdessen kaufte die Gesellschaft von anderer Seite Venzin zu 4,50 Mk. pro Kilo auf. Allein durch dieses eine Geschäft sind der deutschen Volkswirtschaft 44 Millionen Mark verloren gegangen.

Der reichste Mann Deutschlands.

In der nächsten Nummer der Weltbühne veröffentlicht Hans Ganz neue Mitteilungen über Hugo Stinnes. Ganz erzählt: Seit vielen Jahren sind der Zentralsmann August Thyssen und der Rechtsnationalliberale Hugo Stinnes Geschäftsfreunde. Thyssen ist fast um zwei Jahrzehnte älter als Stinnes. Bis zum Weltkrieg schien Thyssen mehr Geschäftserfolge zu haben, und jedenfalls war Thyssen bedeutend reicher als Stinnes. Im Krieg hat sich das gründlich geändert. Auch Thyssen hat im Krieg sein Vermögen ungeheuer vermehrt, und während er vor dem August 1914 und auch noch in den ersten Kriegsjahren bei den Berliner Großbanken hoch in der Krone stand, und während mancher Berliner Bankdirektor den ganzen Thyssen für eine höchst problematische Erscheinung hielt, die bei ihrem hohen Schuldenstand eines Tages durch einen Konjunktursturm umgeworfen werden könnte — währenddessen hat Thyssen sich im Laufe der 4½ Kriegsjahre durch Eisen- und Stahllieferungen völlig „gesund gemacht“, und eher sind heute die Banken auf Thyssen, als Thyssen auf die Banken angewiesen. Dennoch Hugo Stinnes hat durch den Krieg noch unendlich mehr profitiert. Stinnes ist jetzt der wertvollste Mann Deutschlands, bedeutend reicher als Frau Bertha Krupp von Bohlen und Halbach, die vor der Weltkrisis mit etwa einer Viertel-Milliarde Mark reicher war als sonst irgend jemand im Deutschen Reich. Aber den größten Teil ihrer Anteile an deutschen Unternehmungen haben Stinnes und Thyssen, wie der Verfasser versichert, auf holländische Unternehmungen übertragen. Und heimlich versicherten Berliner Bankiers, daß mit Stinnes und Thyssen und den von ihnen vor- und nachgeschobenen Hollandern wieder der Steuerkommissar noch die Sozialisierungskommission fertig werden würden.

Giolitti Wiederkehr.

Giolitti ist nunmehr offiziell mit der Kabinettsbildung beauftragt worden. Er wird keine besonderen Schwierigkeiten finden, ein aus Vertretern der verschiedenen Parteien bestehendes Ministerium zusammenzusetzen, da seine Berufung sozusagen vom ganzen Lande einmütig gewünscht wird. Höchstens die Gruppe der nationalen Erneuerung dürfte wegen seiner Haltung im Kriege gewisse Einwendungen gegen seine Person erheben, die aber schwer zu überwinden sein dürften. Von seinen eigenen persönlichen Freunden dürfte Giolitti nur wenige zur Mitarbeit heranziehen, vielmehr sich im wesentlichen mit Persönlichkeiten umgeben, die den hauptsächlichsten Fraktionen der Kammer angehören, darunter Meda als Führer der Katholiken, Ferrer Bonomi, Alessio und Fera für die Radikalen. Das Neuzer wird wahrscheinlich die bisherige Unterstaatssekretär Graf Sforza oder der jetzige Vizekanzler in Berlin, de Martino, übernehmen. Giolitti selbst wird, wie man annimmt, seine auswärtige Politik auf der Grundlage der Anwendung des Londoner Vertrags führen und gegenüber Deutschland eine versöhnliche und freundschaftliche Haltung einnehmen. Giolitti wird nicht nach Spa gehen, sondern Delegierte einladen.

Die Reichsschulkonferenz.

Die Eröffnungssitzung.

Im Reichstagsgebäude wurde unter dem Vorsitz des Reichsministers Koch die Reichsschulkonferenz eröffnet. Sie soll sich mit den Grundlagen einer Schulreform beschäftigen, die den völlig veränderten Verhältnissen bei der Jugendberziehung für die Folge Rechnung trägt. In seiner Begrüßungsrede warnte Reichsminister Koch vor Enttäuschungen, die unzweifelhaft eintreten müßten, wenn man zu große Ansprüche an die Ergebnisse dieser Konferenz stellen würde. Man dürfe von ihr in erster Linie nur Anregungen zur Erhaltung und Verbesserung unseres Bildungsniveaus erwarten. Die geplante Abstimmung soll nicht dazu dienen, durch Mehrheitsbeschlüsse wissenschaftliche Ergebnisse festzulegen. Das deutsche Volk müsse sich der Gemeinschaftlichkeit unseres Kulturlebens bewusst bleiben. Dazu sei in erster Linie die Pflege des nationalen Gedankens erforderlich. Partei-politische Erörterungen und politische Zwecke müßten außer der zu schaffenden Schulorganisation ausgeschaltet bleiben. Im Vordergrund des Interesses stand vorläufig die Schaffung der Einheitschule.

Die Zusammenberufung aller Interessenten und Fachleute des Schulwesens zu einer Aussprache über die neuen Erziehungsaufgaben des geschlagenen Deutschlands ist nun zwar zur Tat geworden. Aber Deutschland hat noch diese Aufgabe, wie so vieles andere, zu spät. Was vor einem Jahre als großartigster Appell gewirkt und einigen hätte wirken können, das gerät jetzt ausgerechnet in die Regierungskrise nach den Wahlen hinein. Die Stimmung des Wahlkampfes und die Unsicherheit der gegenwärtigen politischen Lage kommen deutlich zum Ausdruck.

Es sollte anders sein. Die berufenen Erzieher des deutschen Volkes sollten mit gutem Beispiel vorangehen und sich über die Parteistellung zur Sachlichkeit erheben. Sie zeigen sich leider dieser Aufgabe nicht gewachsen. Die extremen Redner finden den meisten Beifall. So geht es Links und Rechts auf der einen und Linken und Rechts auf der anderen Seite. Die die mittlere Linie einzuhalten suchen, wie Pär-München und Rhein-Jena finden nur mühsigen Anklang. Und doch muß jeder bekennen, daß die mittlere Linie die einzige ist, der wir folgen können. Auch die Regierung hat sich für diese mittlere Linie ausgesprochen, in Kulturfragen zugunsten der nationalen Einheit und für die Ueberbrückung der politischen Leidenschaften des Wahlkampfes. Man hat die Ausführungen des Reichsministers Koch mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Befolgt wurde seine Mahnung leider nicht.

Unmittelbar nach seiner einleitenden Rede gab Abz. M u m m eine Erklärung ab, die nicht gut anders als ein parteipolitisches Mißtrauensvotum gegen die Reichsschulkonferenz aufgefaßt werden konnte. Das Gleiche tat ein Vertreter verschiedener katholischer Organisationen. Damit wurde die Stimmung von vornherein auf parteipolitische Auseinandersetzungen eingestellt. Sie gipfelten in dem Protest gegen die Ausführungen des Leiters Wigge aus Aachen. Er kritisierte die höheren Schulen unter Hinweis darauf, daß aus ihnen die Diplomaten und Politiker hervorgegangen seien, die uns isoliert und ungenügend vorbereitet in den Weltkrieg hineingeführt hätten. Auch gegen die Organisation der Reichsschulkonferenz wurden Äußerungen laut. Die Ausführungen eines kommunistischen Redners wirkten als Sensation, die teilweise sogar mit Gelächter aufgenommen wurde.

Kleine Meldungen.

Berlin. Der Belästigungsprozeß Erzberger gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeit.“ soll am 9. Juli beginnen. Dr. Helfferich wird als Zeuge erscheinen.

Berlin. Nach einer Mitteilung des Präsidenten Fehrenbach wird der Reichstag am 24. Juni zusammentreten.

Berlin. Der „Volksanzeiger“ behauptet, von unterrichteter Seite zu hören, daß Reichspräsident Ebert gedente, nicht nochmals für die Präsidentschaft zu kandidieren, besonders weil sich gewisse Widerstände innerhalb seiner Partei geltend gemacht hätten. — Es handelt sich bei dieser Meldung um eine reine Kombination ohne jede tatsächliche Unterlage.

Nr. 8 Nassau und Umgebung.

Nassau, 14. Juni.

Tuberkulose-Wandermuseum. Das vom Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose zur Verfügung gestellte Tuberkulose-Wandermuseum, welches in der Stadt Turnhalle seine Ausstellung gefunden hat, wurde Samstag Nachm. gegen 3 Uhr seiner Bestimmung übergeben. Die Aufstellung der Wandtafeln und Modelle ist dem hiesigen Zweigverein vom Roten Kreuz in sachlich übersichtlicher Art gelungen und hat neben diesen das ganze Arrangement durch Pflanzen und Blumen überall ein festliches Gepräge erhalten. Der Vorsitzende des Kreisvereins vom Roten Kreuz in Dieß, Herr Bürgermeister Scheuern, stellv. Landrat des Unterlahnkreises, eröffnete das Museum mit Worten der Begrüßung und des Dankes an die Erschienenen, weiter dankte er dem Zentralkomitee für die Überlassung des Museums und übergab daselbst seiner Bestimmung. Das Rote Kreuz hat sich in angelegentlichster Weise des Museums angenommen und wird auch in diesem Sinne unter der Beobachtung wirken und arbeiten. Die Taten des Roten Kreuzes während des Krieges draußen im Felde u. in der Heimat werden einmütig mit goldenen Lettern in der Geschichte niedergeschrieben sein. In die Friedensarbeit eingetreten, will es auch hier seine Pflicht tun, um zu helfen, zu raten und mitzuwirken um das ganze Volkswohl, hauptsächlich aber in der Bekämpfung der schrecklichsten aller Krankheiten, der Tuberkulose. Er hoffe, daß der Veranstaltung volles Verständnis entgegengebracht würde, um dann in diesem Sinne in der Allgemeinheit weiter zu wirken, weiter hoffe er aber auch, daß die Nächstenliebe wieder erwachen möchte, um diese segensreiche Arbeit zu fördern, zu schützen und zu erleichtern. Er sprach den Ärzten des Unterlahnkreises seine Anerkennung aus für das Entgegenkommen, durch die Übernahme der aufklärenden Vorträge an den einzelnen Ausstellungstagen. Zum Schluß wünschte er, daß die Veranstaltung große Früchte tragen möge, gekrönt von einer erfolgreichen segenswirkenden Arbeit. Anschließend hieran übernahm Herr Dr. A n t h e s. Nassau die erste ärztliche Führung durch das Museum. Derselbe verstand es, durch seinen volkstümlichen Vortrag, seine Zuschauer zu fesseln und für die gute Sache zu interessieren. Die Ausstellung umfaßt 6 Abteilungen: 1) Bau des menschlichen Kör-

Telephon No. 23

Bestellungen werden schnellstens ausgeführt

Der Bürgermeister: Hajencleber.

Anträge auf Lebensversicherungen

werden noch zu den alten Friedenstarifen (1911) ausgeführt von

Wilhelma in Magdeburg

Allg. Vers.-Akt. - 6/25.

[durch

Jnspektor Adolf Theils, Nassau a. L. sowie dessen Agenten.

Bermischtes.

Der Brachmonat. So heißt der Monat Juni im altdeutschen Kalender. Und es ist eigentlich schade, daß wir diesen guten deutschen Namen mit einer römischen Bezeichnung vertauscht haben. Was sagt uns die Bezeichnung Juni? Nach den einen soll dieser Name von der Göttin Juno, nach der anderen Sprachkundigen von dem ersten Konsul Roms, Lucius Junius Brutus, herrühren. Warum nannten aber die alten Deutschen unseren heutigen Juni den Brachmonat? Es war der Monat, in dem bei der früheren Dreifelderwirtschaft das Brachfeld bearbeitet wurde. Die Monatsbezeichnung hatte also für die Bevölkerung, die sich fast ausschließlich mit der Landwirtschaft beschäftigte, einen tiefen Sinn. Er bildete gewissermaßen das Arbeitsprogramm des Monats. Heute trifft dieser Juni ja nicht mehr zu, obgleich dort, wo noch Ueberreste der Dreifelderwirtschaft sich erhalten haben, noch immer im Juni das Feld gestürzt und bis zum Winteranbau durch zwei bis drei Pflugsfahrten bearbeitet wird. Aber die moderne Landwirtschaft, die den Boden stärker ausnützen muß, kann das Ackerland nicht mehr wie in früheren Zeiten ausruhen lassen. Wir haben die Brache durch Hackfrucht, Futterbau, Tiefkultur und Düngung ersetzt. Heutzutage ist die wichtigste landwirtschaftliche Verrichtung im Juni die Heuernte, freilich nicht in allen Gegenden unseres Vaterlandes; dazu sind die Temperaturverhältnisse zu verschiedenartig. Im allgemeinen ist die Witterung des Juni während der ersten zwei Drittel des Monats infolge von Regentagen und Nordwinden oft noch ziemlich kühl und wird meist erst im letzten Drittel, wenn der Sommer offiziell seine Antrittsvorstellung gemacht hat, beständiger und wärmer; gegen Ende des Monats steigt aber dann die Temperatur gewöhnlich schnell. Ob's dieses Jahr anders kommt, das werden wir abwarten müssen.

Nachstehende vom Landesverein für Naturkunde in Freiburg aufgestellten 10 Gebote des Naturschutzes seien der Befolgung und weitesten Verbreitung empfohlen.

1. Du sollst der Natur, die dich durch ihre Schönheit erfreut, nicht mit Unbarmherzigkeit, indem du sie schädigst.
2. Du sollst zur Erinnerung oder für deine Sammlungen von Blumen, Schmetterlingen u. dgl. nur soviel mitnehmen, als du wirklich brauchst.
3. Du sollst die Natur nicht durch weggeworfene Blumen, Papier und sonstige Abfälle verschandeln.
4. Du sollst keine überflüssigen Sammlungen anlegen, weder von Pflanzen, noch von Schmetterlingen, Käfern oder sonst etwas, wenn du dich nicht ernstlich damit beschäftigen willst.
5. Du sollst auf die Mitnahme solcher Naturseltenheiten, deren Bestand dadurch gefährdet wird, überhaupt verzichten und bedenken, daß auch noch andere sich daran erfreuen wollen.
6. Du sollst keine Pflanzen mit den Wurzeln ausreißen oder ausgraben.
7. Du sollst von Bäumen oder Sträuchern keine Zweige abreißen, sondern sie nötigenfalls mit einem scharfen Messer oder der Schere abschneiden.
8. Du sollst beim Pflücken der Blumen darauf achten, daß der Stock nicht beschädigt wird, und wenigstens noch einige Blüten daran bleiben.
9. Du sollst die Rinde der Bäume nicht als Stammbruch benutzen.
10. Du sollst Kinder und unverständige Erwachsene zur möglichsten Schonung der Natur anhalten.

Von der Linde. Im Juni beginnt die Sommerlinde zu blühen, während die Winterlinde, die kleinere Blätter hat, erst im Juli zur Blüte kommt. Süßer Honigduft erfüllt die Luft und lockt Insekten herbei, die die Honigköpfchen am Kelchgrunde der Blüten ausnützen wollen. Auch zahlreiche Bienen durchsummen deshalb den Baum. Die Linde ist von jeher ein Lieblingsbaum der Deutschen gewesen, so daß sie noch heute als Auerbaum an Wegen und Plätzen, als Schmuck auf dem Bauernhofe oder vor der Haustür, als Zierde bei der Kirche, als Dorflinde mitten im Dorfe und als Schuttpflanze für die Arbeiter im Felde findet. Zusammenhängende Lindenwälder gibt es nur noch in Aufgang, wo deshalb auch viel Bienenzucht getrieben wird. Schon bei unsern Vorfahren stand die Linde in hohem Ansehen und war der Göttin Freia geweiht. Man pflanzte sie gern in die Nähe des Wohnhauses, daß dadurch unter der Göttin Schutz stand und gegen den Bliß gesichert war. Mit Linden bepflanzt man die Tingstätten (Gerichtsstätten), die Freia geheiligt waren. Unter dem Laubdache der Linden hielten namentlich die alten Sachsen ihre Bau- und Gemeindeversammlungen ab. Späterhin fanden auch die Fengerichte unter einer Linde statt, wovon noch heute die uralte „Femlinde“ bei Dortmund zeugt. Es gibt alte Linden, deren Alter man auf 1000, ja 1200 Jahre schätzt, weil ihr weiches Holz zähe ist und ihr von allen Bäumen das höchste Lebensalter ermöglicht. Ihr Stamm überreift an Umfang den aller deutschen Bäume. Die stärkste Linde steht in der Burg zu Nürnberg; ihr Stamm mißt 14 Meter im Umfang.

Selle Nächte. Der Juni ist der Monat der hellen Nächte. Infolge ihres späten Verkens hinter dem Horizont wirkt die Sonne in ihrer Ueberstrahlung des Abendfirmaments noch bis in die späten Nachtstunden nach und um-

gekehrt trägt sie zur Aufhellung des Firmaments schon erheblich früher, als ihr eigener Aufgang erfolgt, bei. Aus diesem Grunde sind eigentlich nur die Stunden zwischen 12 und 2 nachts einigermaßen lichtlos; aber auch diese werden, namentlich bei Mondschein, noch reichlich aufgehellert. In solchen hellen Nächten zu wandern, ist ein selten schöner Genuß. Alle Tageshitz ist verschwunden, eine erfrischende Nachtkühle, die gleichwohl niemals kalt wirkt und zum Trödeln führt, läßt selbst weite Fußtouren zu, ohne daß der Wanderer ermüdet. Still und verschlafen liegen die Dörfer, durch die man streift; nur hinter verschlossenen Haustoren bellt hier und da ein wachsender Hund, dessen Gebläuf man noch hört, wenn man längst den Ort wieder verlassen hat. Draußen auf den Feldern und an Büschen und Hecken duftet es nach allen möglichen Blüten, Blumen- und Pflanzengerüchen. Schon in aller frühesten Morgenstunde steigt dann die Sonne im Nordosten in einem Meere rosigter Himmelsfärbung empor. Alles ländliche Leben erwacht; Hähne kähnen, Hühner gackern und fleißige Landleute beginnen ihr neues Tagewerk. Der endlich müde gewordene Wanderer aber sitzt in irgend einer duftenden Jasminlaube beim Dorfkrug und stillt mit einem kräftigen Frühstück und einem kühlenden Trunk den allmählich erwachenden Hunger und Durst.

Kleine Chronik.

Rückgang der Weinpreise. Eine ruhige Geschäftslage im Weinhandel wird übereinstimmend aus ganz Rheinhessen gemeldet. Dabei ist ein leichter Rückgang der Preise um 5 bis 10 Prozent durchschnittlich zu verzeichnen.

Waggonschieber. Einem Privattelegramm des „Berliner Tageblatt“ zufolge hat die Kölner Kriminalpolizei sechs Personen wegen riesiger Waggonschiebungen, durch welche die Eisenbahnverwaltung um über 10 Millionen Mark geschädigt wurde, festgenommen. Die Schiebergesellschaft hat ganze Waggonsladungen Spirit, Benzin und Autoreifen nach Düsseldorf, Leipzig, Dresden u. s. w. verschoben.

Schneefall. Im hohen Schwarzwald ist ein empfindlicher Wetterumschwung erfolgt. Es fällt von 900 Meter Seerab Reuschnee. Auf dem Feldberg ist die Temperatur unter den Gefrierpunkt gesunken. Auch in den Vogesen ist Schnee gefallen, während im hohen Alpengebiet die Temperatur sogar bis auf zehn Grad unter Null gesunken ist.

Nach immer Arbeiterräte! Die Konferenz der Arbeiterräte des Mansfelder Kreises beschloß dem Ersatz des Oberpräsidenten Böhring auf Auflösung der Arbeiterräte Widerstand entgegenzusetzen und überall da, wo sich die Arbeiterräte bereits aufgelöst haben, sofort neue einzusetzen.

Totschlagsanklage. Bei den Märzunruhen 1920 sind, wie seinerzeit gemeldet, in Bad Thal (Thüringen) mehrere Einwohner von Marburger Zeitfreiwilligen verhaftet und einige davon erschossen worden. Die angeklagten Ermordungen konnten noch nicht abgeschlossen werden, da umfangreiche Zeugenerhebungen erforderlich sind. Bisher wurde in Verfolg der Ermittlungen gegen 14 Zeitfreiwillige Anklage wegen rechtswidrigen Waffengebrauchs in Verbindung mit Totschlag erhoben.

Grubenunglück. Auf dem Aischbornschacht der Antonienhütte in Deutchen stürzte infolge Versagens der Bremsvorrichtung eine Förderseilbahn mit 32 Bergleuten ab. 30 Mann trugen teilweise schwere Verletzungen davon.

Preissturz. Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, daß die Preisstimmung in Frankreich sich auch auf das Vieh ausbreitet. Die Fleischpreise seien dort um einen halben bis einen Franken per Kilogramm gesunken; ebenso seien Gemüse und Früchte bedeutend billiger geworden.

Abgestürzt. Ein unbekanntes Paar, das die Rhone im Flugzeug überflog, stürzte infolge eines Motordefektes auf den zwischen Jerez und Rhone gelegenen Damm ab. Der Flieger trug zahlreiche Querschnitte davon, während seine Frau beide Beine brach. Sie wurden nach Valencia gebracht. Der Apparat ist vollständig zerstört.

Erdbeben. In Garenza wurde ein starkes wellenförmiges Erdbeben wahrgenommen.

Gestohlene Diamanten. Aus einem Landhause in Easthampton (Amerika) wurden Edelsteine im Werte von 500 000 Dollar gestohlen, darunter ein Kollier aus Diamanten im Werte von 75 000 Dollars.

Eisenbahnerstreik. Die Beamten und Arbeiter der Braunschweiger Landesbahn, umfassend die Linie Braunschweig-Seesen und Braunschweig-Hallertal sowie die Braunschweig-Schöningen-Ochtersleben-Eisenbahn, traten in den Ausstand. Sie fordern Reichsbefolgung. Der Zugverkehr ist eingestellt. Es werden nur Milchzüge gefahren.

Generalstreik wegen Hungersnot. Das „Prager Abendblatt“ meldet: Die Arbeiterschaft in den Bezirken Karlsbad, Elbogen, Falkenau, Sembo und Graslitz ist wegen Hungersnot in den Generalstreik getreten.

150 Flugzeuge zerstört. Bei einem Brande in der Fliegerkaserne in der Nähe von Cleveford (Lincolnshire) wurden nach einer Londoner Meldung etwa 150 Flugzeuge zerstört. Der Schaden beträgt 1/4 Million Pfund Sterling.

Möhl. Zimmer

mit und ohne Pension zu mieten gesucht.

Von wem, jagt' d. Geschäftsstelle.

Schwimm- und Bade-Anstalt.

Badestunden von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Die Stunden morgen von 8 1/2 bis 10 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 1/2 Uhr bleiben für Damen zur Benutzung reserviert. Sonntag morgens von 7-1 Uhr. Badewäsche und Kostüme vorrätig. Schwimmunterricht wird erteilt.

G. Mittnacht.

Ein roter Held. Das Kriegsgericht Essen verurteilte den Stadtverordneten und Führer der U. S. D. Gustav Hammer wegen schweren Landfriedensbruchs und räuberischer Erpressung zu sechs Jahren Zuchthaus. Er hatte die Kettwiler für die Rote Armee organisiert, schamlose Erpressungen an dem 1. Bürgermeister in Watt und an Geschäftshäusern verübt, das Stadtoberhaupt verhaftet und andere Gewalttätigkeiten begangen.

Die Bonner Denkmalschänder bestraft. Wegen der Beschädigung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. mit roter Farbe vor mehreren Wochen verurteilte die Strafkammer Bonn zwei junge Leute ohne Parteizugehörigkeit und zwei Kassierer der unabhängigen Sozialdemokraten, sowie ein anderes Vorstandsmitglied dieser Partei zu je zwei Jahren Gefängnis.

Die Not der Zeitungen. Wie aus Neuhort berichtet wird, hat auch Amerika seine Zeitungsnot. Während bei uns die Papiernot den Zeitungen das Ertrinken erschwerte, wo nicht gar unmöglich macht, leiden die amerikanischen Zeitungen unter der schier unerschwinglichen Gebühren, welche die Post für den Zeitungsbezug erhebt. (Diese Postzeitungsgebühr wird übrigens nächstens auch bei uns erhöht v. Red.) Seit dem Jahre 1918, in dem die erhöhten Zeitungsgebühren zur Einführung kamen, mußten nicht weniger als 2500 Zeitungen ihr Erscheinen einstellen.

Noch nie dagewesen. Aus Frankfurt wird uns geschrieben: Es soll, vor vielen, vielen Jahren, einmal eine Zeit gegeben haben, in denen es selbstverständlich war, daß jeder, der auf der Straße, in der Bahn oder an irgend einem anderen Ort einen Fund, sei es ein ganz geringer, oder sei es ein äußerst wertvoller, machte, ihn ohne weiteres an der dafür bestimmten Stelle abliefern. Wie gesagt, diese Zeit liegt ziemlich weit zurück, und inzwischen ist es Usus geworden, daß man dem Wiederbringer für seine doch wohl eigentlich selbstverständliche Ehrlichkeit eine Belohnung zubilligt. Das Allerneueste auf diesem wie leider auch auf fast jedem anderen Gebiet erleben wir jetzt. Da brachte nämlich vor kurzem ein hiesiges Blatt eine Anzeige folgenden Wortlauts: „Ich bin bereit, dem ehrlichen Dieb, der mir am Samstag nachmittags die drei Adlermaschinen, Modell 6, gestohlen hat, die Schreibmaschinen zum Tagespreis wieder abzukaufen. Wer mir den Dieb heran nachweist, daß ich die Schreibmaschinen wieder erlangte, erhält 2000 Mark Belohnung.“ Ein besseres Zeugnis für die Sicherheit des persönlichen Eigentums kann's garnicht geben als diese vor stiller Resignation stehende Anzeige, deren Aufseher sogar einem Diebe das Gestohlene selbst wieder abkaufen will.

Kleine Meldungen.

Rotterdam. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Theeren: Die Volschewisten haben in Kilara, 70 Meilen von Enseld, Truppen gelandet.

Paris. Nach dem „Daily Chronicle“ wird die internationale Finanzkonferenz in Brüssel frühestens am 25. Juli stattfinden.

Rom. Die Kammer ist nach einer stürmischen Debatte, in deren Verlauf es zu Schlägereien kam, bis zur Lösung der Ministerkrise vertagt worden.

Napoli. Die Blätter berichten aus Neapel, daß die Doktorreiter in den Rußland getreten sind.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Gold	Brief
4	Nass. Landesbank	102,-	102,-
3 1/2	do.	94,50	—
3 1/2	do.	90,-	—
3	do.	80,-	—
4	Frankf. Hyp.-Bank	103,90	103,-
3 1/2	do.	91,-	91,-
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	100,75	100,75
3 1/2	do.	88,-	88,-
5	Deutsche Reichsanleihe	79,75	79,75
4	do.	74,75	74,75
3 1/2	do.	68,-	—
3	do.	64,50	64,50
Devisen			
	Frankreich	300	301
	Holland	1423 1/2	1424 1/2
	Schweiz	711 1/2	712 1/2
	Schweden	844	845

Tuberkulose-Wandermuseum

Nassau-Lahn

in der Turnhalle der Stadtschule.

Geöffnet von Samstag, den 12. bis Sonntag, den 20. Juni und zwar Sonntags von 9-12 vormittags und 2-6 Uhr nachmittags, Werktags von 2-6 Uhr nachmittags. Herzliche Führung täglich nachmittags 4 1/2 Uhr.

Eintritt frei.

Der Kreisverband vom Roten Kreuz.

drei unmöblierte Zimmer

für ein feineres Geschäftsunternehmen zu mieten gesucht. Angebote u. N. N. 104 an die Geschäftsstelle.